

Ungeschützte Freie Wähler

WOLFGANG VOIGT

Der Landesverband der Freien Wähler hält überhaupt nichts von parteipolitischer Betätigung oberhalb der kommunalen Ebene. „Parteilos und kommunal“, das ist das Mantra von Vormann Heinz Kälberer. Der ehemalige Bürgermeister von Vaihingen hat gute Gründe, der beste ist die bisherige Erfolgsgeschichte seiner Gruppierung: Mit 44 Prozent sind die Freien Wähler landesweit stärkste kommunalpolitische Kraft. Auch weil sie der CDU auf Landesebene bislang nicht ins Gehege kommen konnten, hat man sich in den Städten und Gemeinden vielfach bestens arrangiert.

Die Gründung einer Bundespartei namens Freie Wähler und die Etablierung einer Landesvereinigung dieser Partei hat der Landesverband stets abgelehnt. Per Rechtsstreit wollte man sich die Marke „Freie Wähler“ sichern. Jetzt ist man gescheitert. Was tun?

Es könnte künftig zwei konkurrierende Gruppierungen der Freien Wähler geben: Den Landesverband, der sich weiterhin aus-

schließlich auf kommunaler Ebene betätigt, und die anderen, die es möglicherweise alsbald in den Landtagswahlkampf zieht. Stehen sich beide weiterhin unversöhnlich gegenüber, dann haben die Freien Wähler ihren Zenit wohl bald hinter sich.

Für die landespolitisch Ambitionierten scheint der Urnengang im März ein vielversprechender Auftakt: Wegen Stuttgart 21 sind die Kräfteverhältnisse im Land ohnehin im Fluss, und eine neue Kraft könnte davon profitieren. Doch um welchen Preis: Der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde wäre nicht leicht, und der Schaden in den Gemeinden beträchtlich. Es ist eben gerade der Markenkern der Freien Wähler, keine Partei mit fest gefügter Programmatik zu sein.

Auch formal steckt der Teufel im Detail: Operieren die einen in Land und Bund als Partei, die anderen auf kommunaler Ebene aber nicht, dann hätten die Freien Wähler ihren originellen Sonderstatus eingebüßt. Man kann davor nur warnen.